

anderer Träger. Der Beitrag der Polizei besteht vor allem darin, diese auf kriminalitätsrelevante Probleme hinzuweisen und zu Problemlösungen benötigte Informationen bereitzustellen. Der Einsatz von Kontaktbereichsbeamten im Umfeld von Schulen ist sinnvoll, ohne dass es deshalb des Einsatzes zusätzlicher Kontaktbereichsbeamter bedürfte. Durch ihren Auftrag, mit den Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu treten, wird der Zugang zur entsprechenden Zielgruppe erleichtert und ein beiderseitiges Vertrauensverhältnis geschaffen.

#### **Vizepräsident Gentzel:**

Ich sehe keinen Nachfragebedarf. Dann bedanke ich mich beim Herrn Innenminister und rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/355.

#### **Abgeordnete König, DIE LINKE:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Handlungskonzept der Polizei zum 13. Februar 2010

Für den 13. Februar 2010 ruft das bundesweite Bündnis „Dresden nazifrei“ zu Protesten gegen den angemeldeten Aufmarsch von Rechtsextremisten auf. Diesem Bündnis haben sich unter anderem auch Thüringer Initiativen, Einzelpersonen und Parteien angeschlossen.

Im vergangenen Jahr, am 14. Februar 2009, wurden Busse von Demonstranten, welche an den Veranstaltungen von No Pasaran bzw. GehDenken gegen den Neonaziaufmarsch teilgenommen hatten, auf der Rückreise bei einem Stopp auf einer Raststätte in Thüringen von Neonazis überfallen, wobei es zu mehreren teils schweren Körperverletzungen kam.

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Informationen vor, welche Maßnahmen ergriffen werden, um Vorfälle wie im letzten Jahr bei der An- und Abreise der Gegen-demonstranten zu verhindern?

2. Verfügt die Landesregierung über Kenntnisse, den Stand der Anreise gewaltbereiter Neonazis bzw. sogenannter Autonomer Nationalisten aus Thüringen nach Dresden betreffend und wenn ja, welche?

3. Ist der Landesregierung bekannt, ob Busse anreisender Rechtsextremisten aus Thüringen aufgrund der Vorfälle im letzten Jahr bei der An- und Abreise polizeilich begleitet werden?

4. Verfügt die Landesregierung über Informationen, ob die Polizei Thüringen Verbindung mit anderen Bundesländern bezüglich der Abstimmung über anreisende und abreisende Busse sowie ein Einsatzkonzept aufgenommen hat und wenn ja, welcher Art ist dieses?

#### **Vizepräsident Gentzel:**

Danke, Frau Abgeordnete. Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium. Herr Innenminister Prof. Dr. Huber, Sie haben das Wort.

#### **Prof. Dr. Huber, Innenminister:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Thüringer Polizei liegt aus vergleichbaren Einsätzen bereits ein Einsatzkonzept vor, welches an die Versammlungslage in Dresden angepasst wird. Der Schwerpunkt der polizeilichen Maßnahmen wird dabei auf einer störungsfreien Hin- und Rückreise der Versammlungsteilnehmer liegen. Unter anderem ist beabsichtigt, ausgewählte Rast- und Tankstellenanlagen durch Polizeibeamte besetzen zu lassen. Darüber hinaus führe ich zu diesem Thema am 29. Januar ein Gespräch mit der Vorsitzenden des DGB Thüringen.

Zu Frage 2: Der Landesregierung liegen Erkenntnisse vor, dass im Internet durch mehrere rechtsextremistische Organisationen zur Teilnahme an der Demonstration am 13. Februar 2010 in Dresden aufgerufen wird. Darüber hinaus gibt es Bestrebungen von Einzelpersonen der rechten Szene zur Anmietung von Bussen.

Zu Frage 3: Die Aufklärungsmaßnahmen bezüglich der Anreise von Rechtsextremisten sind noch nicht abgeschlossen. Über eine Begleitung von Bussen mit Teilnehmern aus der rechtsextremistischen Szene wird zeitnah und anlassbezogen entschieden. Zu berücksichtigen sind hierbei einsatztaktische Erwägungen, auf die ich hier an dieser Stelle aus verständlichen Gründen nicht eingehen möchte.

Zu Frage 4: Eine Abstimmung von polizeilichen Maßnahmen wird bei herausragenden Veranstaltungslagen länderübergreifend standardmäßig durchgeführt. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort zu Frage 1.

#### **Präsidentin Diezel:**

Danke, Herr Minister. Gibt es Nachfragen? Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Renner, DIE LINKE:**

Herr Minister, ich hätte eine Nachfrage. Sie sprachen davon, dass ausgewählte Rast- und Tankanlagen von der Polizei an diesem Tag besetzt werden. Wird denn anreisenden Demonstranten der Gegenaktivitäten zu den Nazis bekanntgegeben, welche Rast- und Tankanlagen durch die Polizei besetzt sind, so dass dann sicher ist, welche Tankstellen angefahren werden können, wenn zum Beispiel dort ein Halt gemacht werden soll?

**Prof. Dr. Huber, Innenminister:**

Frau Abgeordnete Renner, wir werden vor allem mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Gespräche führen. Welche Tankstellen im Einzelnen betroffen sind, kann ich Ihnen aus verständlichen Gründen hier jetzt nicht mitteilen.

**Präsidentin Diezel:**

Weitere Nachfragen? Die gibt es nicht. Dann bedanke ich mich, Herr Minister. Wir beenden die Fragestunde.

**Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 8****a) Solidarität mit den Beschäftigten von Opel Eisenach und den Zulieferern**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/54 -

hier: Nummern 1 und 3

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/62 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

- Drucksache 5/188 -

**b) Gemeinsam für eine sichere Zukunft für Opel, Opel Eisenach und die Zulieferindustrie in Thüringen**

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD

- Drucksache 5/56 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/63 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

- Drucksache 5/189 -

**c) Konzept für den Erhalt von Arbeitsplätzen in den Automobilstandorten in Thüringen**

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/65 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit

- Drucksache 5/190 -

Das Wort hat der Abgeordnete Lemb aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit für die Berichterstattung zu den drei Tagesordnungspunkten. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Lemb, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, in der 3. Sitzung des Thüringer Landtags in der aktuellen Legislaturperiode brachte die Fraktion DIE LINKE den Antrag „Solidarität mit den Beschäftigten von Opel Eisenach und den Zulieferern“ - Drucksache 5/54 - ein. Minister Machnig erstattete in der genannten Plenarsitzung einen Sofortbericht zu Nr. 2 des Antrags, woraufhin die Erfüllung des Berichtersuchens festgestellt wurde.

Die Nr. 1 und 3 des Antrags der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 5/54 - und damit auch der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 5/62 - wurden an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit hat den Antrag nebst dem vorliegenden Änderungsantrag in seiner 2. Sitzung am 9. Dezember 2009 beraten. Minister Machnig gab erneut einen Sofortbericht in öffentlicher Sitzung und stellte sich den zahlreichen Fragen der Ausschussmitglieder.

Die im Anschluss daran stattfindende nicht öffentliche Ausschussberatung erbrachte folgendes Ergebnis: Der Ausschuss empfahl mehrheitlich unter Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/62 die Annahme des Antrags der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/54 in einer Neufassung und erklärte Ziffer 3 b) des Antrags der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/54 gemäß § 69 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung mit Zustimmung des Antragstellers für erledigt.

Der Antrag erhält somit folgende Fassung: Der Thüringer Landtag bekundet seine Solidarität mit den Opel-Beschäftigten, den Thüringer Zulieferern und dem Standort Eisenach.

Ebenfalls in der 3. Sitzung des Thüringer Landtags wurde der gemeinsame Entschließungsantrag der